

# Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

**Ausgabe Nr. 1 März 2020**

[www.tuebinger-linke.de](http://www.tuebinger-linke.de)

**Schwerpunkt: Wohnen**

**Seite 2**



**Kreistag: sicherer Hafen**

**Seite 3**

**Corona: Rettungsschirm für Kommunen**

**Seite 4-5**

## Liebe Leser\*in,

mitten in der Corona-Krise erscheint wieder eine Ausgabe des Gläsernen Rathaus. Als linkes kommunales Mitteilungsblatt gab es das Gläserne Rathaus erstmals 1975. Der Name Gläsernes Rathaus wurde gewählt, damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht. Die linke Gemeinderatsfraktion will diese Tradition fortführen und in dem Blatt für Tübingen wichtige kommunale Themen aufgreifen. Da Veranstaltungen, Kundgebungen, Infostände und Verteilaktionen derzeit wegen der akuten Virusverbreitungsgefahr verboten sind, nutzen wir das Internet für die Verbreitung einer Onlineausgabe. Unsere Gemeinderatsfraktion und unsere Kreistagsfraktion unterstützen die derzeitig notwendigen gesundheitspolitischen Maßnahmen, auch wenn sie einschneidend sind und demokratische

Grundrechte tangieren. Aber wir treten gleichzeitig dafür ein, dass diese Grundrechte und der Datenschutz und die kommunale Selbstverwaltung nicht willkürlich eingeschränkt oder abgebaut werden sondern schnellstmöglich wieder voll hergestellt werden.

Selbstverständlich ist die gegenwärtige Situation, rund um COVID-19, auch Thema in dieser Ausgabe. In den meisten Artikeln spielt die Situation selbst oder aber die gegebenen und noch zu erwartenden Einschränkung eine Rolle, darüber hinaus freuen wir uns Ihnen Beiträge zu thematisch breiten Spektren anbieten zu können. Sie finden u.a. Beiträge zu den Themen: Wohnen, Haushalt und Digitalisierung.

Gerlinde Strasdeit

## Impressum

Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. **Adresse:** Pflughofstraße 8, 72070 Tübingen.

**Email:** [info@die-linke-tuebingen.de](mailto:info@die-linke-tuebingen.de) **V.i.S.d.P:** Gerlinde Strasdeit

# Wohnen für Menschen statt für Profite

Zum Aktionstag „Gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung“ sollten am 28.3.2020 bundesweite Großdemonstrationen u.a. auch in Stuttgart stattfinden; durch die gegenwärtige Ausnahmesituation durch die Covid-19-Pandemie werden sie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Auch das Tübinger Wohnraumbündnis wollte an diesem Tag für das Recht auf Wohnen und bezahlbaren Wohnraum auf die Straße gehen. So wie viele Mieterinitiativen und Bündnisse in anderen Städten werden wir nun unseren Protest und Forderungen auf anderen Wegen vertreten. Das Motto „Wohnen für Menschen statt für Profite“ ist heute aktueller denn je.

Die LINKE/Tübinger Linke arbeitet seit Beginn im Tübinger Bündnis mit. Mit dieser Ausgabe des „Gläsernen Rathaus“ unterstützen wir u.a. auch den Aktionstag und auch die Forderungen des bundesweiten Bündnis.

## **Schutz vor Corona braucht ein Zuhause**

Die Corona-Krise ist eng mit der Wohnungsfrage verknüpft. Am schlechtesten geschützt sind alle, die keine eigene Wohnung haben, die auf der Straße oder in beengten Gemeinschaftsunterkünften leben. Viele Menschen werden ihre Jobs und Einnahmequellen verlieren. Damit drohen Kündigungen und Zwangsräumungen, Strom- und Wassersperren oder die Zwangsversteigerung von selbstgenutztem Wohneigentum bei nicht gezahlten Kreditraten.

Die Immobilienwirtschaft ist an Rendite, nicht am Gemeinwohl interessiert. Ihre profitorientierten Verwertungspraxen und Mietsteigerungen gefährden nicht erst seit Corona die soziale Sicherheit und die Gesundheit der Mietenden. Deshalb braucht es einen „New Housing Deal“ – die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und die Schaffung eines profitorientierten demokratisierten Wohnungssektors, in dem Bau und Sanierung dauerhaft günstiger Wohnungen möglich ist.

Alle diejenigen, die von der Corona-Krise am härtesten getroffen werden, brauchen jedoch schnelle und unmittelbare Hilfe:

- Niemand darf während der Corona-Krise wohnungslos gemacht werden: keine Zwangsräumungen, keine Strom- und Wassersperren.
- Niemand darf in den Ruin getrieben

werden: Mietmoratorium und Erlass von Mietschulden, um Kündigung und Wohnungsverluste zu verhindern.

- Moratorium für Hypothekenzahlungen: Aussetzung der Tilgung für den Wohnungskauf von Selbstnutzer\*innen, die dazu nicht mehr in der Lage sind.

- Auflösung von Sammelunterkünften und dezentrale Unterbringung von Obdachlosen und Geflüchteten – dies ist vor allem jetzt ein Gebot der Humanität, denn nur wer eine Wohnung hat, kann sich vor Ansteckung schützen.

- Legalisierung von Besetzungen leerstehender Wohnungen und Beschlagnahme von Leerstand.

(aus dem Aufruf des Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn: [www.housing-action-day.net](http://www.housing-action-day.net))

**Bezahlbare Miete  
statt fetter  
Rendite!**

## **Tübingen hat sich in den letzten Jahren zu einem Hotspot des Wohnungsmarkts entwickelt**

Laut aktuellem Wohnraumbericht der Stadt (Zahlen von 2018), sind 294 Haushalte von Wohnungsnot betroffen, d.h. sie leben in Gemeinschaftsunterkünften, sind obdachlos, haben Räumungsklagen und stehen vor Zwangsräumungen.

Immer weniger Menschen können sich die Mieten in Tübingen leisten: 60% der 4-Personenhaushalte müssen mehr als 1/3 ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben und daher bei anderen existenziellen Ausgaben Abstriche machen.

Nicht nur Geringverdiener, auch Familien mit mittleren Einkommen, finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. In allen Quartieren finden Verdrängungsprozesse statt. Aktuell fürchten viele Bewohner\*innen auf WHO, dass durch die Ansiedlung von Amazon und Bosch im benachbarten Cyber Valley, Druck auf ihr Wohnquartier entsteht und die Mieten steigen.

Weil Bau und Förderung von Sozialwohnungen jahrelang zurückgefahren wurden, liegt der Anteil von So-

zialwohnungen aktuell bei nur noch 3%. Während im Jahr 2018 rund 800 Haushalte einen Wohnraumberechtigungsschein hatten, konnten gerade mal 117 geförderte Mietwohnungen vergeben werden.

2018 stiegen die Mieten auf dem „freien“ Wohnungsmarkt bei Neuvermietungen um durchschnittlich 21% .

Jahrelang stand die Linke im Gemeinderat allein mit Forderungen für sozialen und bezahlbaren Wohnraum. Inzwischen haben alle Parteien und die Verwaltung die Brisanz dieser Entwicklung erkannt. Mit dem Programm „Fairer Wohnen“ versucht die Stadt gegenzusteuern. Der Schwerpunkt soll zukünftig auf dem Bau von Mietwohnungen, gemeinwohlorientierten Projekten und der Stärkung der kommunalen Wohnungsunternehmen liegen.

Darüber hinaus fordert Die LINKE/TÜL die konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots auch für Ferienwohnungen und bei allen Neubauprojekten eine Quote von 50% Sozialwohnungen mit langjähriger Bindung von mindestens 50 Jahren.

## **Wer bezahlbares Wohnen will, muss die Bodenfrage lösen**

In den letzten Jahren sind die Bodenpreise in „Schwarmstädten“ wie Tübingen explodiert und haben die Immobilienpreise hochgetrieben. Deshalb dürfen Grund und Boden nicht Spekulationsobjekte bleiben, sondern gehören in die öffentliche Hand. Wir wollen, dass die Stadt zukünftig keine Grundstücke mehr an Private verkauft, sondern nur noch in Erbpacht vergibt.

## **Aktuelle Information zur Mietpreisbremse**

Ab Juni gilt in Tübingen und 88 weiteren Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg die Mietpreisbremse. Die Miete darf bei Neuverträgen nicht mehr als 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

Die Landesregierung hofft mit dieser Verordnung eine Entlastung der Mieter\*innen zu erreichen. Ob sich die Mietpreisbremse in Städten wie Tübingen, mit den seit Jahren unvermindert steigenden Mieten preisdämpfend auswirkt, bleibt unklar. Denn die Durchsetzung des Anspruchs gilt als schwierig, die Mieter\*innen müssen ihn auf zivilrechtlichem Weg gegen ihre Vermieter einklagen. Und weiterhin gilt, dass die Modernisierungumlage auch auf diese Mieten erhoben werden kann.

# Städtischer Haushalt im Schnellverfahren

Damit die Verwaltung in diesen Tagen rasch handeln und notwendige Gelder zur Verfügung hat, stimmte der Gemeinderat einem Schnellverfahren zur Verabschiedung des städtischen Haushalts zu. Die Anträge der Fraktionen, auch unsere, sollen zu einem späteren Zeitpunkt in einem Nachtragshaushalt nachverhandelt werden. Unsere Schwerpunkte bleiben: mehr Personal in ausgedünnten Bereichen, runter mit den Kitagebühren, keine pauschalen Kürzungen auf dem Rücken von Beschäftigten. Altenpfleger\*innen und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Und wir wollen, dass die Schülertickets im ÖPNV runtergeschraubt werden. Unsere Position:

1. Wir stimmen trotz Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte des Gemeinderats zu, schnell und ohne weitere Sitzungen zu einem Haushalt zu kommen, damit notwendige Ausgaben laufen.
2. Wir stellen fest: Dieser Haushalt wird in der jetzigen Form notfallmäßig verabschiedet, es ist kein „politisch“ zu Ende diskutierter Haushalt.
3. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, keinerlei strukturelle Kürzungen vorzunehmen, insbesondere nicht im sozialen und kulturellen Bereich.

## Sicherer Hafen für Geflüchtete – Antrag im Kreistag

Die Gemeinderäte von Rottenburg und Tübingen haben sich als Sicherer Hafen für Geflüchtete erklärt.

Die Situation in den Flüchtlingslagern ist menschlich unhaltbar. Die hier aufgeführten Forderungen hat die Fraktion Tübinger Linke als Vorschlag für einen interfraktionellen Antrag im Kreistag eingebracht (Stand 18.3.2020)

### 1. Erklärung zum Sicherem Hafen

Der Landkreis Tübingen erklärt sich zum „Sicheren Hafen“. Der Landkreis unterstützt das Bündnis „Städte Sichere Häfen“ und erklärt sich mit den in dem Papier „Sichere Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE“ formulierten Zielen solidarisch.

### 2. Direkte Aufnahme von geflüchteten Menschen in Not

Der Landkreis Tübingen erklärt sich bereit, z.B. aus Seenot gerettete oder in „Hotspots“ an den EU-Grenzen in Not befindliche Menschen direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Baden-Württemberg hergestellt.

4. Notmaßnahmen im Bereich Kultur, Kleinunternehmen und Soziales sind angesagt, z.B. Alternativangebote zur Tafel, keine Stromabschaltungen, Unterstützung von Niedriglohn betroffenen, alternative Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder, Keine Standgebühren für Wochenmarktbeschickende.

5. Das überteuerte ZOB-Parkhaus kommt auf den Prüfstand bzw. wird nicht umgesetzt

### Wertschätzung für Arbeit

Was ist systemrelevant? Für den Kapitalismus sind die Gewinne der Dax-Konzerne der wichtigste Gradmesser. Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist entscheidend, ob das Gesundheitswesen und die öffentliche Versorgung funktionieren, Mieten erschwinglich sind, Kitas und Schulen eine gute Bildung ermöglichen. In der Corona-Krise wird allen klar: Medizinisches Personal, Pflegekräfte, Verkäufer\*innen, Verwaltungsleute, Erzieher\*innen, Reinigungsbeschäftigte, Busfahrer\*innen sind für die Versorgung der Bevölkerung systemrelevant. Deshalb treten wir Linken dafür ein, soziale Berufe aufzuwerten und Tarifbindung in allen Bereichen durchzusetzen. Auch die Reinigungskräfte in Tübinger Schulen gehören in den TvÖD.

Der Landkreis stellt hierfür geeignete Aufnahmeplätze und Integrationsmaßnahmen bereit.

Aktuell soll der Landkreis im Rahmen des am 8.3.2020 beschlossenen Bundeskontingents gegenüber dem Bundesministerium des Inneren seine Bereitschaft erklären, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten in den Jugendhilfeeinrichtungen des Landkreises unbegleitete minderjährige Personen und im Rahmen der Kapazitäten der vorläufigen Unterbringung in Not befindliche Familien oder erwachsene Einzelpersonen aufzunehmen.

### 3. Unterstützung der aufnahmebereiten Kommunen im Landkreis

Der Landkreis Tübingen unterstützt die Kreiskommunen, die sich bereiterklärt haben, direkt Geflüchtete aufzunehmen, indem er Integrationsmaßnahmen bereitstellt, fördert und unterstützt.

### 4. Eintreten für neue Aufnahmeprogramme

Der Landkreis Tübingen setzt sich darüber hinaus gegenüber der Landesregierung und der Bundesregierung für eine deutliche Ausweitung und für die Einrichtung neuer Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein.

## Gesundheitswesen in öffentliche Hand

Gesundheit ist keine Ware und Krankenhäuser gehören nicht an die Börse. Über Jahre wurde auf dem Rücken der Beschäftigten gespart statt ausreichend investiert. Die Profitorientierung im Gesundheitswesen muss beendet werden. Die grün-schwarze Landesregierung hat wie keine Regierung zuvor Krankeneinrichtungen abgebaut und profitable Bereiche der Gesundheitsversorgung privatisiert. Der Pflegenotstand muss beendet und soziale Berufe müssen endlich aufgewertet werden. Auch die Servicebeschäftigten in den Krankenhäusern sollten Anspruch haben auf Tarifregelungen des öffentlichen Dienstes. Im Tübinger Uniklinikum sind Küche und Serviceleistungen privatisiert. Deshalb bekommen Reinigungskräfte und Essensausgabe nach wie vor kein Jobticket. Die Privatisierungen müssen zurückgenommen werden. Im ländlichen Raum braucht es wirksame Maßnahmen für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Die Städte und Landkreise müssen dafür finanziell gut ausgestattet werden.

### Millionärssteuer Jetzt

Wenn alle einen Beitrag leisten müssen, um die jetzige Krise zu bewältigen, dürfen sich die Reichen und Superreichen nicht aus der Verantwortung stellen. Wir Linken fordern eine verpflichtende Millionärsabgabe auf hohe Vermögen, damit nicht nur die kleinen Leute die Rechnung bezahlen. Eine Vermögensteuer würde direkt den Ländern und Kommunen zu Gute kommen um dringende Investitionen zu leisten für Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

### Umlandbad erhalten

Für ganz Junge und viele ältere Menschen ist das Umlandbad mitten in der Innenstadt ein ganz wichtiges Angebot. Das Schwimmbad liegt in unmittelbarer Nähe von Schulen und ist faktisch mit allen Buslinien erreichbar. Die Linke-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Initiative vom Freundeskreis Pro Umlandbad. In dem historischen Bad sollte es gesundheitsfördernde Angebote geben.

## Linke bekräftigt Forderung nach Zivilklausel

Wenn es der Firma CureVac in Tübingen gelingen sollte, einen maßgeblichen Beitrag zur Herstellung eines Corona-Impfstoffs zu leisten, wäre das ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen das Virus. Das Vorhaben muss mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Nach Zeitungsmeldungen hatte US-Präsident Trump den Zugriff auf den Impfstoff nur für die USA bzw. nur für das Pentagon eingefordert. CureVac hat inzwischen dementiert, dass an die USA verkauft wird. Aber offensichtlich haben Gespräche diesbezüglich stattgefunden.

Aus gegebenem Anlass erinnern wir an unsere Fragen aus dem Jahr 2016, an unsere Vorbehalte und Befürchtungen, wonach CureVac damals über Forschungsaufträge in Höhe von damals 33 Millionen Dollar mit DARPA (eine US-Militärforschungsorganisation) dem US-Verteidigungsministerium verpflichtet war und nicht dem öffentlichen Forschungs- und Wissenschaftsauftrag hier im Land. Deshalb bekräftigt die linke Gemeinderatsfraktion ihre Forderung nach einer verbindlichen **Zivilklausel** für alle (!) Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen in unserer Stadt.

**Alle Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen müssen zuallererst dem öffentlichen Interesse der Bevölkerung dienen - hier und überall auf der Welt.**

## Wann werden die Kitas gebührenfrei?

Wir brauchen Qualität und Gebührenfreiheit. Hohe Kosten für Kita-Gebühren und Wohnung sind eine massive Benachteiligung von Familien.

Als Linke-Fraktion setzen wir uns seit vielen Jahren im Gemeinderat für die Gebührenfreiheit in der Kindertagesbetreuung ein. Deshalb sind wir zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Parteien, dem Dachverband der Kleinen Freien Kita-Träger und Elternbeiräten Teil des lokalen Bündnisses für

## Digitalisierung in bedachten Schritten

Die Corona-Krise und die zu ihrer Bewältigung offenbar notwendige körperliche Distanzierung führt uns vor Augen, dass digitale Kommunikation und Datenverarbeitung viele Vorteile bieten und manchmal schlicht alternativlos sind. Die damit einhergehenden Möglichkeiten gilt es zu nutzen und dieser Prozess - dass da, wo es sinnvoll und zunehmend nötig ist, zunehmend auf elektronische Datenverarbeitung zurückgegriffen wird - findet bereits seit Jahrzehnten statt. Er hat uns viele Vorteile und Annehmlichkeiten gebracht.

Davon zu trennen ist zumindest in Teilen das, was aktuell unter dem Begriff der „Digitalisierung“ als politischem Schlagwort verstanden wird. Dahinter steht die Strategie einer Gruppe von Unternehmen und Kapitalfraktionen, die jene digitalen Schnittstellen bereitstellen, über die zukünftig sowohl die persönliche Kommunikation, die politische Willensbildung und die Organisation des Produktionsprozesses stattfinden soll. Diese von Profitinteressen getriebene Strategie setzt darauf, Abhängigkeiten zu schaffen und sich unsere Daten - als wichtigsten Rohstoff der (so geschaffenen) Informatonsgesellschaft - anzueignen.

Als Privatpersonen haben wir oft die Wahl, wenn wir digital kommunizieren müssen oder wollen, welche Anbieter wir nutzen. Für uns gibt es oft sehr komfortable und oft „kostenfreie“ Angebote,

die auf Anheiß zu funktionieren scheinen. Im Kleingedruckten steht dann meist, dass wir jede Kontrolle über die erhobenen und kommunizierten Daten abgeben und oft werden im Nachhinein doch Gebühren auf die eine oder andere Art erhoben. Auf der anderen Seite stehen unkommerzielle Angebote mit einem hohen Maß an Datenschutz, die von uns eine gewissenhafte Einarbeitung erfordern.

Die öffentliche Verwaltung steht unter dem Schlagwort der „Smart City“ im Grunde vor derselben Entscheidung, trägt dabei aber eine deutlich größere Verantwortung. Unter dem Begriff der „Digitalisierung“ wird ein Druck aufgebaut, schnell zu handeln, die komfortablen Angebote großer Unternehmen anzunehmen und damit letztlich Verantwortung oder Kontrolle abzugeben. Wünschenswerter wäre es, wenn Kommunen, Bildungseinrichtungen und Länder eigene Lösungen entwickeln. Startup-Unternehmen könnten dabei hilfreich sein. Allerdings besteht das aktuelle Konzept der Startup-Kultur - gerade im Cyber Valley - darin, ihr Produkt und ihren Kundenstamm im Erfolgsfall an einen der großen Monopolisten zu verkaufen. Deshalb gilt es gerade auch angesichts der Anwesenheit von Amazon (und Atos), jeden Schritt zur Digitalisierung mit Bedacht zu wählen und möglichst viele eigene, kommunale Kompetenzen aufzubauen.

## Rettungsschirm für Kommunen

Die Kommunen sind systemrelevant für die Demokratie. Gerade in Zeiten umfassender Krisen sind Städte und Gemeinden der Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Solidarität mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es eine besondere Aufgabe der Linken, für die Funktionsfähigkeit unserer Kommunen auf gesellschaftlicher und auf politischer Ebene einzutreten. Gemeinsam können die Krise überwunden und demokratische Prozesse sowie der notwendige sozial-ökologische Umbau vorangetrieben werden.

1. Auf gesellschaftlicher Ebene sollte die Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern auf der Ebene von Nachbarschaften unterstützt und entwickelt werden. Diese zeigt sich unter anderem in der wechselseitigen Versorgung/ Betreuung von Kindern, in Einkaufshilfen für Erkrankte, Ältere und Hilfsbedürftige und in privaten Transportangeboten besonders im ländlichen Raum. Es sollten

alle Möglichkeiten genutzt werden, um Kontakte aufrechtzuerhalten, vor allem um Meinungen auszutauschen und Verunsicherten Mut zuzusprechen.

2. Auf politischer Ebene stellt die Corona-Krise die Kommunen vor große organisatorische und finanzielle Probleme, deren Ausmaß momentan noch nicht abgeschätzt werden kann. Darauf hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund zu Recht hingewiesen (Landsberg, 19.3.2020).

Nach jahrelanger neoliberaler Sparpolitik mit großen Investitionslücken in der öffentlichen Infrastruktur und in die Daseinsvorsorge befinden sich die Kommunen jetzt im Widerspruch, dass ihnen einerseits wichtige Einnahmen wegbrechen (Gewerbesteuer, Anteile an der Einkommenssteuer, Gebühreneinnahmen) und sie zugleich erhöhte Ausgaben haben für die Umsetzung der Krisenmaßnahmen, zum Beispiel Home-Office für Ü60.

### **Initiativen, die wir unterstützen:**

- bei Haushaltsentscheidungen absolute Priorität für Maßnahmen gegen die Corona-Krise
- Risikozuschläge für Beschäftigte in Risikobereichen (Krankenhäuser, Pflegeheimen, Rettungsdiensten, Laboren, Corona-Zentren, usw.)
- Lohnfortzahlung bei notwendiger Kinderbetreuung, wenn diese sonst nicht gewährleistet ist
- keine Mieterhöhungen, keine Kündigungen von Mietern in städtischen Wohnungen, keine Sperrung von Strom, Wasser und Gas.
- genügend große Räumlichkeiten für Geflüchtete und Obdachlose zur Vermeidung von Ansteckungsgefahr, keine Massenunterkünfte
- Gewährleistung des ÖPNV
- Aufrechterhaltung und Unterstützung der Tafeln

- Hilfen für Marktbeschickende, Kleingewerbetreibende, Künstler\*innen, Gastronomie.
- Rückzahlung bzw. Nichteinzug von Kita-Gebühren und Elternbeiträgen für Ganztagschulen
- Aufstockung des Kurzarbeitergeldes für betroffene Beschäftigte, wie ver.di Baden-Württemberg fordert.
- Aufnahme von Geflüchteten, die im Rahmen der Sicheren Häfen vorgesehen waren: Ein Ausbruch von Corona in überfüllten Flüchtlingslagern wäre eine zusätzliche Katastrophe.

Die Corona-Krise ist eine umfassende gesellschaftliche Krise, in der alle ihren Beitrag für die Bewältigung der Krise leisten müssen. Deshalb müssen die Kosten der Kommunen durch einen Rettungsschirm für Kommunen aufgebracht werden, der vom Land und vom Bund zu tragen ist.

gebührenfreie Kitas. Im März 2019 hatte die grün-schwarze Landesregierung das von der SPD gestartete Volksbegehren für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg als rechtlich unzulässig erklärt. Für den 30. März 2020 war die Urteilsverkündung des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg über die Zulässigkeit des Volksbegehrens geplant. Wegen der Corona-Krise ist die Urteilsverkündung nun verschoben und die Kitas sind seit 17. März bis mindestens 19. April 2020 (außer für Notbetreuung) geschlossen. Wir unterstützen deshalb die Sofortmaßnahme der Stadt zur Entlastung der Eltern, im April 2020 auf Betreuungs- und Verpflegungsgebühren zu verzichten. Sowohl wir als auch das Bündnis werden wieder für gebührenfreie Kitas aktiv werden, sobald es möglich ist.

### **Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit**

Tübingen klimaneutral bis 2030 - diese Klimaschutzoffensive hat die Stadtverwaltung als Entwurf aufgelegt. Die Linke unterstützt diesen Entwurf. Uns ist aber dabei wichtig: Klimaschutz darf kein Klimaschutz für Reiche sein. Darum haben wir eine „Soziale Flankierung des Klimaschutzprogramms“ in den Entwurf eingebracht. Damit sollen die sozialen Auswirkungen des gesamten Klimaschutzprogramms geprüft werden und ausgeglichen werden. Wir stellen uns zB einen Klimaschutzzuschuss für die Bezieher\*innen kleiner Einkommen vor, einen Sozialtarif für den Ökostrom für ALGII-Bezieher\*innen, keine bzw. sozial gestaffelte Anwohnerparkgebühren. Die Energiewende darf nicht von der Verbraucher\*in bezahlt werden.

Der Gemeinderat hat diese Soziale Flankierung des Klimaschutzprogramms auf unseren Antrag mit in den Entwurf aufgenommen. Der Entwurf wurde am Dienstag den 10. März in der Hepperhalle zum ersten Mal mit der Bürger\*innenschaft diskutiert. Wir linke Gemeinderätinnen passen weiterhin auf, dass es bei der Klimawende sozial gerecht zugeht!

## **Klimaschutz? Verkehrswende? Günstigere Tickets, mehr Busse, bessere Rad- und Fußwege JETZT!**

Um das Klima zu schützen brauchen wir eine Verkehrswende. Die Bürger\*innenbefragung und die Debatte um Neckarbrücke und Mühlstraße haben gezeigt: viele Menschen wünschen sich eine Verkehrswende, viele sind aber mit der konkreten Maßnahme nicht einverstanden. Deshalb schlagen wir schnell umsetzbare Projekte vor, für eine Verkehrswende: weg vom Individualverkehr hin zu Öffentlichem Nahverkehr, Rad- und Fußverkehr! Dafür müssen die Prioritäten in der Verkehrspolitik entsprechend geändert werden. Das bedeutet auch: die städtische Verkehrspolitik muss vorrangig in Bus-, Rad- und Fußverkehr investieren.

### **JETZT: GÜNSTIGERE BUSTICKETS!**

Wir setzen uns seit Jahren für einen ticketfreien Nahverkehr ein, der solidarisch finanziert wird. Eine Senkung der Schüler\*innenticketpreise konnten wir bereits erreichen. Als nächstes wollen wir, dass Menschen mit niedrigem Einkommen und Schüler\*innen kostenlos fahren können, denn Schüler\*innenbeförderungskosten sind verstecktes Schulgeld.

Bis die Finanzierung eines ticketfreien Nahverkehrs geklärt ist:

- Freie Fahrt für alle Schüler\*innen und KreisBonusCard-Inhaber\*innen im Tü-Bus
- 365-Euro-Jahresticket für alle
- 1-Euro-Einzelticket

### **JETZT: MEHR BUSSE!**

- auf allen Linien mindestens 30-Minuten-Takt, auch abends und am Wochenende

- Ferienfahrplan abschaffen
- alle Buslinien an allen Wochentagen auf dem normalen Kurs
- Ob Wochentag oder Wochenende: immer die gleiche Linie an der gleichen Haltestelle, Umwege oder längere Laufwege entfallen
- Fahrplanlücken zwischen Tagverkehr und Nachtbus schließen
- Liniennetz erweitern, Lücken schließen wie zum Beispiel Gewerbegebiete Au Ost, Neckaraue, Hornbach

### **JETZT: VORRANG FÜR FUß UND RAD!**

- Alle Kreuzungen und Ampeln fuß- und radfreundlich gestalten
- Ampelschaltungen priorisieren nicht nur Busse, sondern auch Fuß- und Radverkehr
- Kürzere Wege: Fußüberquerung von Straßen auf allen Seiten einer Kreuzung
- Fehlende Fußüberquerungen von Straßen ergänzen
- Abbiegemöglichkeiten für Rad an Kreuzungen in alle Richtungen
- Fußwege auf beiden Seiten von Straßen
- Mehr direkte Fuß- und Radwegeverbindungen
- Unterführungen unter Bahn und Straßen barrierefrei machen – für Rad und Rollstühle
- Brücken über Straßen, Bahn und Neckar barrierefrei machen
- Mehr Fahrradabstellplätze in der Altstadt und in den Stadtteilen
- Fußgänger\*innenzonen erhalten

# Neoliberalismus im Krisenmodus

Mit rasender Geschwindigkeit hat die Verbreitung des neuen Corona-Virus unser aller Alltagsleben grundlegend verändert und wird es in den folgenden Wochen und Monaten auch noch weiter. Bundesweit wurde das Versammlungs- und Veranstaltungsrecht außer Kraft gesetzt, Arbeit findet überwiegend zu Hause statt, die Wirtschaft bricht zusammen, am stärksten trifft es Arme und Schwache, Bayern hat eine Ausgangssperre verhängt und auch bundesweit gibt es starke Einschränkungen für das öffentliche Leben. Gleichzeitig wird die Bundeswehr im Innern eingesetzt, kommen neue Überwachungstechnologien zum Einsatz und werden Handydaten der Bevölkerung übermittelt, gesammelt und analysiert.

Selbstverständlich und unbestritten: die Lage ist ernst, sehr ernst. Der Kollaps des Gesundheitswesens muss verhindert werden, eine Ansteckung von Risikogruppen minimiert, um die Sterbezahlen möglichst gering zu halten. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie wir sie gegenwärtig erleben sind notwendig, wollen wir in der gegenwärtigen Situation das Schlimmste verhindern. Aber die Situation wie sie heute ist und damit verbunden die notwendigen Maßnahmen haben sich nicht einfach so ergeben, sie sind Ergebnisse einer jahrzehntelangen neoliberalen Regierungspolitik, die unter dem Mantra des schlanken Staates und der Profitmaximierung die öffentliche Daseinsvorsorge permanent und konsequent beschnitten hat.

## Sterben ist eine soziale Frage

Jetzt rächt sich, dass Krankenhäuser seit Jahren kaputtgespart werden und mehr als hunderttausend Pflegekräfte fehlen. In anderen Ländern ist jetzt schon zu beobachten, was passiert: Krankenhäuser sind überlastet, Pflegekräfte erschöpft, Material zu knapp, es müssen Entscheidungen darüber getroffen werden, wer beatmet werden kann und wer nicht. Italien bspw. musste im Nachgang der Finanzkrise, von der Troika diktiert u.a. 15% seiner Krankenhäuser schließen und Kapazitäten auch in der Intensivmedizin abbauen. Heute hat die Anzahl an Covid-19-Toten dort den traurigen globalen Höchststand erreicht.

Gemeinsam mit Gewerkschaften und Patient\*innengrup-

pen kämpften wir in den letzten Jahren für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und einen fairen Lohn. Besonders auch in Tübingen, welches durch das Universitätsklinikum von besonderer Bedeutung ist. In unser aller Interesse braucht es hier eine sofortige Entlastung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir machen uns auf allen Ebenen, kommunal, landesweit und im Bund dafür stark, allen mit sofortiger Wirkung eine Zulage von 500 Euro zu zahlen. Es braucht aber auch kommunale Notfallprogramme beispielsweise in der Kinderbetreuung um Pflegenden besser und vorrangig zu entlasten. Weitere kommunale Forderungen finden Sie auf Seite 5.

## Die Schwächsten schützen

Die Corona-Pandemie betrifft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Rentnerinnen und Rentner und Sozialleistungsempfänger, aber auch Unternehmen. Besonders hart trifft es die Schwächsten. Deshalb gilt unser Augenmerk insbesondere den sehr betroffenen Berufs- und Risikogruppen sowie den Beschäftigten im Niedriglohnbereich, den Alleinerziehenden, den von Sozialleistungen abhängigen und Menschen im Ruhestand mit niedrigen Renten. Für diesen Personenkreis muss mehr getan werden. Wir fordern deswegen:

- Die Bezugshöhe des Kurzarbeitergeldes muss für alle Beschäftigten auf mindestens 90 Prozent erweitert werden.
- Massenentlassungen und Entlassungen in Unternehmen, die staatliche Unterstützungen erhalten, sind zu verbieten.
- Hartz IV und die Grundsicherung für Rentner\*innen müssen sofort um 200 Euro erhöht werden.
- Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen sollen unbürokratische und nicht rückzahlbare Finanzhilfen erhalten.
- Für Menschen unter besonders prekären Wohnbedingungen, wie Obdachlose oder Geflüchtete, braucht es ein sofortiges Unterbringungsprogramm, bei dem Kommunen, die Länder und der Bund angemessene Unterbringungen so schnell wie möglich zur Verfügung stellen und dafür auch Leerstand verwendet wird.

Weitere Forderungen sind u.a. unter:

<https://www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/effektiver-schutz-durch-solidaritaet/> zu finden.

## Unsere Gemeinderatsfraktion



### Gerlinde Strasdeit

Funktionen: Fraktionsvorsitzende, Ältestenrat, Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales, Verwaltungsausschuss, Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms, Personalkommission, Immobilienkommission, Verbandsversammlung Zweckverband, Regionalstadtbahn Neckar-Alb, Beirat Luise-Wetzel-Stift, Aufsichtsrat Stadtwerke Tübingen GmbH, Aufsichtsrat Altenhilfe Tübingen gGmbH



### Gitta Rosenkranz

Funktionen: Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales, Nachlasskommission, Verkehrsbeirat Stadtwerke Tübingen GmbH, Integrationsrat, Aufsichtsrat Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH (GWG), Aufsichtsrat Wirtschaftsförderung Tübingen GmbH (WIT)



### Evelyn Ellwart

Funktionen: Verwaltungsausschuss, Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung, Umlegungsausschuss, Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms, Kommission für Universitätsangelegenheiten, Beirat Jugendzentrum Epplehaus e.V., Aufsichtsrat Wirtschaftsförderung Tübingen GmbH (WIT)



### Birgit Hoberg

Funktionen: Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung, Aufsichtsrat Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH (GWG)